

Im Freien Fall

Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise

Die Ökonomien entlang des Westpazifiks wachsen zehn Jahre nach der Finanzkatastrophe in Asien (1997) wieder – wenngleich nicht in derselben Geschwindigkeit wie vor der Krise. Zweifellos hat die Region unauslöschliche Narben davongetragen.

Walden Bello

Schlüsselindikatoren sind Armut, Ungleichheit und soziale Destabilisierung. Vor der Krise waren diese Indikatoren günstiger. So haben beispielsweise die schmerzhaften Arbeitsmarktreformen in Südkorea zu einer stillen Verzweiflung geführt, die für eine der höchsten Suizidraten in den »Entwicklungsländern« verantwortlich ist.

Globale Finanzarchitektur? Wo bitte?

Trotz des Geredes über eine »neue globale Finanzarchitektur« existiert kaum etwas, was die massiven Kapitalbewegungen regulieren könnte. Wir sprechen von Kapital, das mit Cybergeschwindigkeit durch das weltweite Finanznetzwerk schießt.

Die Enthusiasten des Überlass-es-den-Märkten-Ansatzes behaupten, Sorgen seien unnötig. Seit 2002 – als Argentinien bankrott ging –, habe es keine größeren Krisen gegeben, so ihr hoffnungsvoller Kommentar. Leute, die es besser wissen, wie der Wall-Street-Insider Robert Rubin (Schatzamtminister unter Bill Clinton) zeigen sich hingegen äußerst besorgt, selbst wenn sie, wie Rubin, gegen Regulierungen sind: »Finanzkrisen (wie die Asienkrise) werden in Zukunft mit großer Sicherheit unausweichlich sein – vielleicht noch ernstere«, so Rubin. »Die Märkte werden größer, Information verbreitet sich schneller, die (Finanz-)Flüsse sind größer, die Handels- und Kapitalmärkte verschmelzen immer mehr ... Zudem ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass niemand vorhersagen kann, wo die nächste Krise stattfinden wird, in einem Immobilienmarkt, Neubranchenmarkt oder wo auch immer«. Eine aktuelle Studie der Brookings Institution bestätigt Rubins Befürchtung: In den ver-

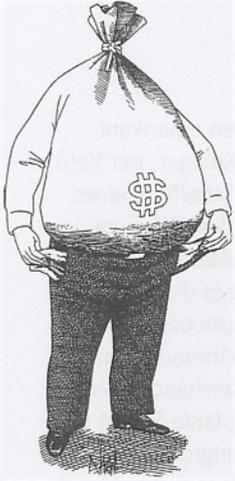
gangenen dreißig Jahren fanden über hundert Finanzkrisen statt.

Die Herrschaft des Finanzkapitals

Die schiere Masse an spekulativem Kapital, das im Finanzkreislauf hin- und herschießt, ist absolut verwirrend. Laut McKinsey Global Institute belief sich »der Kern des Finanzvermögens« im Jahr 2005 auf 140 Billionen US-Dollar. Ein signifikanter Teil dieser globalen Werte wird von traditionellen Kommerzbanken gehalten. Dennoch hielten Finanzoperatoren, die keiner Bank angehören, im Jahr 2005 46 Billionen US-Dollar in Händen. Sie sind zu wichtigen Mittlern zwischen Banken und Sparern geworden. Hedgefonds hielten 2005 1,6 Billionen US-Dollar und Private-equity-Investoren rund 600 Milliarden US-Dollar. Diese Zahlen und Daten über den verblüffenden Aufstieg und die erstaunliche Größe des globalen Finanzkapitals stammen von dem Ökonomen C.P. Chandrasekhar. Er präsentierte sie auf der Konferenz »A Decade After: Recovery and Adjustment since the East Asian Crisis«, die zwischen dem 12. und 14. Juli 2007 in Bangkok stattfand. Bangkok war 1997 das Epizentrum des finanziellen Erdbebens gewesen.

Einige Analysten interpretieren das explosive Wachstum des Finanzkapitals als Folge der Überkapazitäten, mit denen sich die globale Wirtschaft herumschlägt. In weiten Teilen der globalen Wirtschaft (wesentliche Ausnahmen sind beispielsweise China und Amerika) sei es zu einer Entschleunigung der Investmenttätigkeit gekommen; Aufgrund dieser Stagnation seien Kapitalisten nicht mehr sonderlich motiviert, in Produktionssparten zu investieren, sondern neigten eher dazu, ihr Geld in spekulative Aktivitäten zu stecken (Spekulation heißt, aus bestehenden Werten noch mehr Wert zu quetschen). Die Tatsache, dass das prozentuale Verhältnis von globalen Finanzwerten zu den jährlichen Erträgen aus der Produktion von 109 Prozent im Jahr 1980 auf 316 Prozent im Jahr 2005 wuchs, bestätigt dies (Martin

Der Autor ist Professor für Soziologie an der University of the Philippines in Diliman und Senior-Analyst von »Focus on the Global South«, in Bangkok.



Wolf, Kolumnist der Financial Times, zitiert in seiner Zeitung entsprechende Aussagen des McKinsey Institutes).

Spekulative Tätigkeiten, als Mittel der Geldvermehrung, überrunden auch den Handel. Das tägliche Volumen der Wechselkurstransaktivitäten an internationalen Märkten liegt derzeit bei 1,9 Billionen US-Dollar (am Tag). Der Handel mit Gütern und Dienstleistungen erbringt im Vergleich 9,1 Billionen US-Dollar jährlich. Das heißt, Spekulationen bringen an einem einzigen Tag 20 Prozent dessen ein, was der globale Handel in einem Jahr erwirtschaftet! Martin Wolf gehört zu den Cheerleadern der Globalisierung. Er bringt die Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen globalen Kapitalsparten auf den Punkt, wenn er schreibt: »Der neue Finanzkapitalismus repräsentiert den Triumph des Wertehandels über die Langzeitproduzenten«.

Zehn Jahre nachdem der *Internationale Währungsfonds* (IWF) und die USA die Schuld an der Asienkrise der mangelnden Transparenz bei Finanzaktionen in den Asienstaaten zugeschrieben haben, gilt Vernebelung noch immer als Tagesparole des weltweiten Finanzhandels. Die Winkelzüge und Mutationen des spekulativen Kapitals haben die Möglichkeiten nationaler oder multinationaler Regulationsbehörden längst hinter sich gelassen. Zu traditionellen Krediten, Aktien und Bonds sind mittlerweile neue, exotische Finanzinstrumente hinzugekommen. Einer dieser Exoten, die im Finanzgeschäft geradezu explodieren, sind Derivate. Unter Derivaten versteht man den Finanzhandel – Kauf oder Verkauf – mit Risikowerten. Gehandelt wird nicht mit den zugrundeliegenden Werten sondern mit deren Risiken. Heutzutage können mit jeder Art von Handel oder Geschäft Risikodeals betrieben werden – sei es Frieden oder Rohöl, Internet oder Wetterprognosen.

Parallel zur Entstehung neuer komplexer Instrumentarien verlief der Aufstieg der Hedgefonds und der Private-equity-Fonds. Sie sind die dynamischsten Spieler im globalen Casino. Hedgefonds gelten als Hauptschuldige an der Asienfinanzkrise 1997. Heute sind sie weniger reguliert denn je. Ihre Zahl beträgt über 9.500. Hedgefonds investieren – kurz- oder langfristig – in eine Vielzahl von Dingen. Ziel ist maximaler Profit bei möglichst geringem Risiko. Private-equity-Unternehmen greifen Firmen an, um Kontrolle über sie zu erlangen. Danach bauen sie die Firmen um und verkaufen sie mit Profit weiter.

Akkumulation von Reserven – eine Verteidigungsstrategie

Es gibt keine weltweite Finanzaufsicht, die den Wirbelwind der globalen Finanzen noch bezähmen könnte. Daher haben die asiatischen Staaten eigene

Schritte unternommen, um sich vor den diebischen globalen Spekulanten zu schützen, die die Ökonomien ihrer Region schon einmal zu Fall gebracht haben (durch jene berüchtigten Panikverkäufe in den Juli- und August-Wochen 1997, als 100 Milliarden Dollar abgestoßen wurden). Einige Länder des ASEAN-Paktes haben sich mit China, Südkorea und Japan zur Finanzgruppe »ASEAN Plus Three« zusammengeschlossen. Dieses Bündnis ermöglicht es jedem Mitgliedsstaat, große Kapitalreserven einzusetzen, sollte seine Währung – wie 1997 – von Spekulanten angegriffen werden.

Noch wichtiger ist der Aufbau massiver Finanzreserven, die man durch große Handelsüberschüsse erzielt. Dieses Ziel erreichen diese Staaten durch eine Unterbewertung ihrer Währungen. Zwischen 2001 und 2005, so der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, konnten acht asiatische Staaten – Japan, China, Südkorea, Singapur, Malaysia, Thailand, Indonesien und die Philippinen ihre Gesamtreserven, von rund einer Billion auf 2,3 Billionen US-Dollar, mehr als verdoppeln. China führt – mit Reserven im Wert von 900 Milliarden US-Dollar – die Runde an, gefolgt von Japan.



Dies hat zu einer paradoxen Situation geführt. In unserer globalen Wirtschaft, mit starken Stagnationstendenzen, hält der Zwillingsmotor China/USA (China als Motor der Produktion und Amerika als Motor des Konsums) die Weltwirtschaft am Laufen. Die amerikanische Wirtschaft in Trapp zu halten, erfordert konstante Kreditströme aus China und anderen ostasiatischen Staaten in Richtung Amerika – um den Konsumhunger der amerikanischen Mittelschicht nach Produkten aus China und Asien zu finanzieren. Gleichzeitig fließt sehr wenig Kapital aus Ostasien in jene Länder, die es bitter nötig hätten – zum Beispiel in die afrikanischen Staaten. Sie erhalten kaum Kapitalreserven, da sie als nicht kreditwürdig gelten.

Der Abstieg des IWF

Der Aufbau massiver Reserven in den asiatischen Staaten ist eine direkte Folge der bitteren Erfahrungen mit dem IWF. Die (asiatischen) Regierungen erinnern sich daran, dass die Krise Ergebnis einer Dreifach-Schlagkombination des IWF war – eins, zwei, drei. Zunächst hatte der IWF, gemeinsam mit dem US-Schatzamt, die (asiatischen) Staaten gedrängt, ihre Kapitalkonten zu liberalisieren. Dadurch wurde der Abfluss von ausländischem Kapital erleichtert – was die nationalen Währungen in den Keller trieb. Als Nächstes stellte der IWF diesen Ländern Kredite über mehrere Milliarden US-Dollar zur Verfügung – nicht etwa zur Rettung ihrer nationalen Ökonomien sondern zur Rettung der ausländischen Kreditgeber. Drittens, als ihre Ökonomien schwank-

ten, schrieb der IWF den Regierungen eine Politik der zyklischen Ausgabenbegrenzung vor. Dadurch vollzog sich der Absturz in die Rezession noch schneller.

»Nie wieder«, lautete der Slogan der betroffenen Regierungen. Die Regierung Thaksin in Thailand erklärte die »finanzielle Unabhängigkeit« vom IWF, nachdem Thailand 2003 seine Schulden an den IWF zurückgezahlt hatte. Man schwor, sich nie mehr an den IWF zu wenden. Auch Indonesien erklärte, es werde bis 2008 seine sämtlichen Schulden beim IWF tilgen. Die Philippinen rückte davon ab, neue IWF-Kredite aufzunehmen. Malaysia hatte dem IWF schon während der Asienkrise getrotzt, indem es auf dem Höhepunkt der Krise eine Kontrolle über die Kapitalflüsse verhängte.

Ironischerweise ist der IWF zu einem der Hauptleidtragenden des Debakels von 1997 geworden. Der Internationale Währungsfonds – jene arrogante Organisation aus rund 1.000 Eliteökonominnen –, hat sich nie mehr von der massiven Glaubwürdigkeits- und Legitimitätskrise, von der es damals überrollt wurde, erholt. Die Krise verschärfte sich 2002 durch den Bankrott des IWF-Musterschülers Argentinien. 2006 folgten Brasilien und Argentinien dem Beispiel Thailands und zahlten ihre Schulden restlos an den IWF zurück, um finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Hugo Chavez erklärte den Austritt Venezuelas aus IWF und Weltbank. Das war die zweite schallende Ohrfeige für den IWF.

Im Grunde wurde der IWF durch seine größten Kreditnehmer boykottiert. Dadurch stürzte er in eine tiefe Haushaltskrise. In den letzten beiden Jahrzehnten hatte der IWF seine Operationen in erster Linie über Kreditrückzahlungen finanziert. Finanziere waren seine Klienten aus den »Entwicklungsländern« – und weniger die Beitrittszahler-Regierungen aus dem Norden. Da die größten Borger sich weigerten, weiter auszuborgen, versickerten die Rückzahlungen zu einem Rinnsal. Resultat dieser Entwicklung: Die Prognosen des IWF hinsichtlich Einnahmen aus Zins- und Säumniszahlungen halbierten sich – von 3,19 Milliarden im Jahr 2005 auf 1,39 Milliarden US-Dollar im Jahr 2006. Bis 2009 werden sie sich abermals halbiert haben – auf 635 Millionen US-Dollar. Diese Reduktion führt zu etwas, was Ngaire Woods, Fondsexperte der Universität von Oxford, als »große Quetschung des Budgets« des IWF bezeichnet.

Die beschriebene Serie von Ereignissen führte dazu, dass der IWF heute kaum noch Einfluss auf die »Entwicklungsländer« hat. Er ist krampfhaft auf der Suche nach einer neuen Rolle. Der Verlust an Macht und Autorität ist nicht allein auf den Widerstand der »Entwicklungsländer« gegen weitere IWF-Interventionen zurückzuführen.

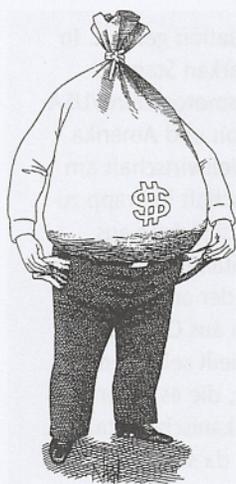
Selbst die Bush-Administration hat zu einer Erosion der vom IWF angestrebten bedeutsamen Rolle in der globalen Finanzwelt beigetragen – indem Ameri-

ka eine Maßnahme der konservativen amerikanischen Vizedirektorin des IWF, Ann Krueger, per Veto blockierte. Kruegers Schritt sah die Schaffung eines neuen Gremiums – unter Kontrolle des IWF – vor, des *Sovereign Debt Restructuring Mechanism* (SDRM). Dieser Mechanismus sollte es »Entwicklungsländern« ermöglichen, eine Pause bei ihren Schuldentrückzahlungen einzulegen, während sie neue Konditionen mit den Kreditgebern aushandeln. Viele »Entwicklungsländer« hielten das geplante SDRM für ein zu schwaches Instrument. Washingtons Veto jedoch zeigte, dass Bush und seine Leute nicht einmal eine minimale Kontrolle über die internationalen Operationen von US-Finanzinstitutionen tolerieren würden.

Thailand: Ein Staat lehnt den Neoliberalismus ab

In den Nachwehen der Asienkrise ist nicht nur der IWF sondern der Neoliberalismus selbst kollabiert. Er war die dominante Ideologie der 1990er Jahre. Malaysia verhängte Kontrollen über seine Kapitalflüsse und stabilisierte die Wirtschaft. Dies führte dazu, dass Malaysia die Rezession (1998 – 2002) besser meisterte als andere betroffene Staaten. Am dramatischsten vollzog jedoch Thailand den Bruch mit dem Neoliberalismus. Drei Jahre lang hatte die thailändische Regierung vertrauensvoll die neoliberalen Vorgaben des IWF befolgt. Es waren drei Jahre der Stagnation. Als die Regierung von Thaksin Shinawatra an die Macht kam, trieb sie eine antizyklische, nachfrageorientierte Politik, im Sinne eines Neokeynesianismus, voran, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Sie fror die Schulden des ländlichen Raumes ein, führte eine staatliche Krankenversicherung ein und stellte jedem Dorf die Summe von einer Million Baht zur Verfügung, um ein Sonderprojekt zu finanzieren. Neoliberale Ökonomen blickten düster in die Zukunft. Doch die Maßnahmen halfen der thailändischen Wirtschaft tatsächlich, sich wieder in Richtung eines moderaten Wachstums zu entwickeln. Stimuliert wurde dieses Wachstum durch die heißlaufende chinesische Wirtschaft. Der wachsende thailändische Export ist seither zum Stützpfiler des Wirtschaftswachstums in Thailand geworden.

Die Krise von 1997 – durch die eine Million Thailänder binnen weniger Wochen unter die Armutsgrenze rutschten –, brachte die thailändische Bevölkerung gegen die neoliberale Globalisierung auf. Selbst als die Regierung sich erneut darauf konzentrierte – durch Einkommensbeihilfen für die ärmsten Bevölkerungsschichten (auf dem Land und in der Großstadt) – die Binnennachfrage zu stimulieren, blieb die öffentliche Stimmung gegen den Freihandel bestehen. Am 8. Januar 2006 versuchten mehrere tausend Thailänder ein Gebäude im thailändischen Chiang Mai zu stürmen, wo Verhand-



lungen über ein Freihandelsabkommen (FTA) zwischen der USA und Thailand stattfanden. Die Verhandlungen wurden daraufhin eingefroren. Präsident Thaksin Eintreten für dieses Abkommen war einer der Gründe für seinen Legitimitätsverlust. Im September 2006 wurde er endgültig gestürzt.

Thailand: Auf der einen Seite herrschte Wut über die Globalisierung, parallel dazu gewann ein alternatives ökonomisches Paradigma an Ansehen. Es hatte und hat die Unterstützung des populären Königs Bhumibol. Das Konzept nennt sich »Subsistenzwirtschaft« und ist eine nach innen gerichtete Strategie, mit Schwerpunkt auf Graswurzel-Selbstversorgung und stärkerer Vernetzung der ökonomischen Binnennetzwerke. Kritiker sagen, die neue Regierung – die Präsident Thaksin mit Hilfe des Militärs stürzte –, nutze die Popularität des Monarchen und die Selbstversorgungsökonomie, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Wie auch immer, in Thailand ist »Globalisierung« heutzutage ein Schimpfwort.

Korea: Aufgezwungener Neoliberalismus

Während Thailand mit dem Neoliberalismus und dem IWF gebrochen hat, befolgte die südkoreanische Regierung die vom IWF aufgedrängten neoliberalen Reformvorgaben bis fast aufs I-Tüpfelchen: Der Arbeitsmarkt wurde radikal umstrukturiert, der Bereich Handel und Investitionen liberalisiert. Laut dem Soziologen Chang Kyung Sup war der »Abbau von Arbeit für Südkoreas Unternehmen der wichtigste Rettungsanker. Selbst nachdem die schlimmsten Schrecksekunden vorbei waren, setzten die meisten der großen südkoreanischen Unternehmen weiter auf organisatorische und technologische Umstrukturierung zur Minimierung von Arbeitsplätzen. Auf diese Weise gelang ihnen die Wiedergeburt als Exporteure im globalen Wettbewerb.«

Südkorea galt als klassisches aktives »Entwicklungsland«. In einem seiner Berichte charakterisierte der amerikanische Vertreter für Handel Südkorea einst als »das schwierigste Terrain weltweit« für US-Unternehmen. Aber unter dem Management des IWF hat sich Südkorea zu einer weit liberaleren Wirtschaft als selbst Japan entwickelt. »Mit erschreckender Geschwindigkeit«, wie Chang auf der Konferenz in Bangkok sagte, hätten sich die südkoreanischen Finanz- und Industrieunternehmen entnationalisiert. Mehr als 40 Prozent der Aktien der wichtigsten südkoreanischen Finanz- und Industriekonglomerate sowie Firmen seien mittlerweile in ausländischem Besitz. Samsung ist zu 47 Prozent in ausländischer Hand, das Stahlunternehmen Posco zu über 50 Prozent, Hyundai Motors zu 42 Prozent und LG Electronics zu 35 Prozent.



Der Internationale Währungsfonds prözt mit Südkorea als einer »Erfolgsstory«. Die Koreaner hass den IWF und verweisen auf die enormen sozialen Kosten des sogenannten »Erfolges«. Die Armut hat deutlich zugenommen. 1996 waren drei Prozent der Bevölkerung arm, 2006 waren es 11,6 Prozent. Der Gini-Index, mit dem (soziale) Ungleichheit gemessen wird, schnellte von 0,27 auf 0,34 hoch. In Südkorea schwindet die soziale Solidarität; Emigration, Scheidungen und zerbrochene Familien nehmen in alarmierender Weise zu. Die Selbstmordrate ist schwindelerregend. »Wir haben eine einzige große unglückliche Gesellschaft, die die Zeitspanne vor der Krise als »Goldenes Zeitalter« sieht«, so Chang.

Der freie Fall

Rückblickend gesehen, hat die Asienfinanzkrise 1997 wahrscheinlich den Fall des IWF ausgelöst. Sie hat aber auch den Niedergang der ostasiatischen »Entwicklungsländer« eingeleitet – wie der Ökonom Jayati Ghosh auf der Veranstaltung in Bangkok erläuterte. Diese Staaten hatten es mit viel Aggressivität und Umsicht geschafft, ihre Nationalökonomien in die Weltwirtschaft zu integrieren. Die globalen ökonomischen Kräfte sollten ihre nationalen Ökonomien stärken, anstatt sie an den Rand zu drängen, so das Ziel. Doch seit 1997 sind alle Ökonomien Südostasiens von Narben gezeichnet und geschwächt – trotz der verschiedenen Richtungen, die sie seither einschlugen. Die Krise war der Wendepunkt. Davor waren sie Frontstaaten der Entwicklung gewesen, nachahmenswerte Modelle. Das 21. Jahrhundert sollte ihr Jahrhundert werden. Es ist ihnen entglitten. Dieser Bruch markiert den Übergang zum neuen Fackelträger China. In ihrer geschwächten Situation werden die kleineren ost- bzw. südostasiatischen Staaten wirtschaftlich immer abhängiger werden von der Dynamik des gigantischen Nachbarn.

Originalartikel: All Fall Down: Ten Years After The Asian Financial Crisis. Bereits am 13.08.2007 im ZNet / Focus on the Global South (<http://fpif.org/fpifxt/4429>) erschienen. Übersetzung aus dem Englischen von: Andrea Noll